

"Die EWG blieb eine große Unbekannte" in Europa Union (Dezember 1972)

Quelle: Europa Union. Sonderbeilage. Dezember 1972, Nr. 12. [s.l.]: Europa Union Verlag GMBH. "Die EWG blieb eine grosse Unbekannte", auteur:Mansholt, Sicco , p. I.

Urheberrecht: (c) Europa Union Verlag GmbH

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_ewg_blieb_eine_gro%C3%9Fe_unbekannte_in_europa_union_dezember_1972-de-3777ee9a-3876-402b-82d0-66033f679f42.html



Publication date: 27/02/2017

Die EWG blieb eine große Unbekannte

Von Sicco L. Mansholt, Präsident der Europäischen Kommission

Die Gemeinschaft der Neun ist erst seit kurzer Zeit im Gespräch. Noch vor wenigen Monaten war rundweg von der vergrößerten Gemeinschaft oder der Gemeinschaft der Zehn die Rede; denn wir gingen davon aus, daß nicht nur Großbritannien, Irland und Dänemark, sondern auch Norwegen der Sechsergemeinschaft beitreten würden. Diese Erwartung sollte sich nicht erfüllen, denn das norwegische Volk hat in einer Volksabstimmung entschieden, der Gemeinschaft nicht beizutreten, und deshalb wird es keine Gemeinschaft der Zehn geben. Die Entscheidung der norwegischen Bevölkerung muß natürlich respektiert werden, obgleich man über den Wert eines Referendums als Maßstab des Volkswillens Zweifel hegen kann. Die Argumente, die in Norwegen gegen den Beitritt vorgebracht wurden, die völlige Unkenntnis über Wesen und Bedeutung der Gemeinschaft bei einer großen Anzahl von Beitrittsgegnern, der mangelnde Wille, die Befürworter überhaupt anzuhören, all dies kann die Bedenken gegen Volksabstimmungen im allgemeinen nur bestärken.

Dennoch haben wir aus dem Referendum etwas gelernt. Was man nicht kennt, kann man nicht lieben, sagt ein Sprichwort, und wenn in der Volksabstimmung etwas deutlich geworden ist, dann dies, daß die Gemeinschaft die große Unbekannte geblieben ist. Ganz offensichtlich wurde die Gemeinschaft von den meisten Norwegern nicht als ein künftiges, für alle Europäer bestimmtes gemeinschaftliches Gebäude betrachtet, sondern als ein großer, kalter Raum, in welchem für eigene nationale Probleme kein Platz mehr sein würde, als ein von Technokraten gesteuerter Mechanismus, der sich über das Schicksal des einzelnen Menschen völlig hinwegsetzt. Aus dem Ergebnis der Volksabstimmung müssen wir also eine Lehre ziehen.

Die Neuner-Gemeinschaft ist ein Zusammenschluß, dem sechs Länder angehören, die bereits längere Zeit mit dem Gemeinschaftswesen vertraut sind, und drei Länder, die in der Nachkriegsgeschichte von dem, was in dieser Gemeinschaft geschehen ist, nicht berührt wurden. Es ist von größter Bedeutung, daß wir so schnell wie möglich das Vertrauen der Bevölkerung in diesen drei Ländern gewinnen. Die Volksabstimmungen in Dänemark und Irland haben glücklicherweise gezeigt, daß die Mehrheit der Bevölkerung dieser Länder der Gemeinschaft zugetan ist, doch scheinen auch in Großbritannien noch Bedenken zu bestehen.

Nunmehr geht es darum, das Vertrauen der Menschen, die auch heute noch Zweifel hegen, und der Kreise, die dem Gemeinschaftsabenteuer noch ablehnend gegenüberstehen, zu gewinnen. Nicht in allen Fällen ist die an der Gemeinschaft geübte Kritik unberechtigt. Vieles, was auf Gemeinschaftsebene geschieht, ist technischer Natur und bleibt für den Mann auf der Straße undurchsichtig. Die Folgen der Gemeinschaftsentscheidungen gehen jedoch weit über das Technische hinaus; sie berühren die Bürger in ihren unmittelbaren Lebensinteressen, sie gehen den einzelnen in seinem alltäglichen Leben an. Es ist unsere Aufgabe, das Gemeinschaftsgeschehen transparenter zu machen. Wir müssen eine demokratische Entscheidungsbildung in der Gemeinschaft anstreben und dafür sorgen, daß sich der Bürger von dem, was sich auf Gemeinschaftsebene abspielt, unmittelbar betroffen fühlt, ja, wir müssen dahin kommen, daß der Bürger am Gemeinschaftsgeschehen teil hat.

Die Demokratisierung der Gemeinschaftsinstitutionen selbst - ich denke dabei an die Direktwahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments und an die Stärkung seiner Befugnisse - sind hierzu ein erstes Erfordernis, aber das reicht für sich allein noch nicht aus. Derartige Verbesserungen betreffen nur die formale Demokratie, daneben muß aber auch die praktische Mitarbeit und Mitverantwortung des Bürgers geweckt und angeregt werden. In Gewerkschaftsverbänden und Interessengruppen, in Schule und an der Universität muß deutlich gemacht werden, daß wir die Gemeinschaft nicht um einer abstrakten Idee, sondern um des Menschen willen bauen wollen. Was dabei für die Gemeinschaft herauskommt, geht uns alle an; denn wir alle sind verantwortlich für Erfolg oder Mißlingen dieses Unternehmens; wir alle können unseren Teil dazu beitragen. Nur wenn sich dieser Gedanke Bahn bricht, werden wir auch in der Lage sein, aus der Gemeinschaft eine lebendige Gemeinschaft zu machen, eine Gemeinschaft von und für Menschen aus Fleisch und Blut.

Diese Forderungen sind natürlich nicht neu; sie wurden schon in der Gemeinschaft des Sechs formuliert. Der Umstand aber, daß wir vom 1. Januar des neuen Jahres an in einer anderen, einer größeren Gemeinschaft leben werden, macht es um so dringlicher, diese Forderungen erneut zu erheben. Wohl und Wehe der Gemeinschaft steht oder fällt damit, ob sich der einzelne Bürger in die Gemeinschaft einbezogen fühlt, und es liegt an uns, dafür zu sorgen, daß diese unmittelbare Beziehung entsteht. Zu einem Teil hat die Gipfelkonferenz dazu beigetragen, ein neues europäisches Bewußtsein zu wecken. Die dort getroffenen Beschlüsse über die künftige Tätigkeit auf dem Gebiet der Sozial- und Regionalpolitik können den Beginn einer neuen Periode einläuten. Viel wird davon abhängen, was die europäischen Institutionen und die verantwortlichen Politiker in unseren Ländern mit diesen Beschlüssen anfangen. Es ist in diesem Zusammenhang absolut unerläßlich, daß die neue Kommission der Europäischen Gemeinschaften die ihr zukommende Rolle wirklich ausfüllt und geeignete Initiativen zu ergreifen weiß. Die Kommission wird aus starken Persönlichkeiten bestehen müssen, aus Menschen, die mit Streitlust und Phantasie begabt sind, um alle neuen Aufgaben auch wirklich erfüllen zu können.

Doch auch nach dem Gipfeltreffen bleiben noch viele Wünsche offen. Die Beschlüsse des Pariser Gipfels betreffen hauptsächlich Dinge, die mit der Selbstbehauptung Europas zu tun haben. Das aber ist nicht genug. Es geht nicht allein um die Selbstbehauptung Europas, sondern auch darum, was wir mit diesem Europa zu tun gedenken. Natürlich wird sich dieses Europa stark machen müssen in einer Welt die mehr und mehr von Großmächten beherrscht wird, aber ebenso wichtig ist es, daß sich dieses Europa um die übrigen Länder in der Welt kümmert und sich für sie einsetzt; denn sie halten mit Spannung danach Ausschau, wie sich die Europäer hier verhalten werden. Die Entwicklungsländer warten auf eine Antwort von Europa, und wir werden eine Politik gestalten müssen, die es ermöglicht, daß auf weltweiter Ebene eine wirkliche Entwicklungspolitik entsteht. Leider sind die Beschlüsse der Gipfelkonferenz auf diesem Gebiet sehr vage geblieben, und wir werden dafür zu sorgen haben, daß sich das ändert. Die Jugend Europas will nicht nur Europa bauen, um den eigenen Wohlstand noch zu vergrößern, man will auch das Ideal der Solidarität mit der Entwicklungswelt in die Praxis umsetzen. Dasselbe gilt für die institutionelle Problematik. Auch auf diesem Gebiet sind nur magere Beschlüsse gefaßt worden, die der Notwendigkeit einer stärkeren Demokratisierung und dem Wunsch der europäischen Bevölkerung nach wirklicher Einbeziehung in den europäischen Einigungsprozeß nicht gerecht werden. Auf diesen beiden Gebieten - Entwicklungspolitik und Demokratisierung - werden neue ergänzende Beschlüsse getroffen werden müssen. Bis 1975 müssen Vorschläge vorliegen, die gegenüber dem heutigen Zustand eine Verbesserung bringen. Auch bei der Ausarbeitung dieser Vorschläge wird die neue Kommission Einsicht und Tatkraft zu beweisen haben. Die Gipfelkonferenz hat uns nicht alles geschenkt, was wir uns von ihr erhofften. Es ist zwar eine Art neuer Vertrag geschaffen worden, mit neuen Aufgaben, mit neuen Daten, mit einem neuen Programm. Das Programm muss jetzt ausgeführt werden, und wir werden uns zugleich weiterhin für mehr Demokratie, mehr Beteiligung und mehr internationale Gerechtigkeit einsetzen müssen.